

# Heimat erhalten. Zukunft gestalten.

Beitrag von

**Oberbürgermeister Thorsten Frei**

Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Landesvorsitzender der KPV Baden-Württemberg

In keinem anderen Land sind die Menschen so zufrieden wie in Baden-Württemberg. Mit ihrer Arbeit vor Ort tragen dazu nicht zuletzt die über 7.200 Kommunalpolitiker der CDU Baden-Württemberg bei.

Auch für die bevorstehende Kommunalwahl am 7. Juni haben die Orts- und Kreisverbände wieder hervorragende Frauen und Männer aufgestellt, die breit in der Gesellschaft verankert sind. Mit dieser Verbindung aus glaubwürdigen Kandidaten und einer überzeugenden Programmatik wird es auch 2009 wieder gelingen, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

Am 28. März 2009 sollen auf dem Landesparteitag die Kommunalpolitischen Leitsätze unter der Überschrift „Heimat erhalten. Zukunft gestalten.“ verabschiedet werden. Es geht um die Fortsetzung der erfolgreichen Politik der vergangenen Jahre. Hand in Hand haben Land und Kommunen wichtige Projekte vorangebracht. Eine verlässliche Wirtschafts- und Strukturpolitik war dabei Grundlage für gute kommunale Einnahmen. Wir haben die Wachstumskräfte unserer Städte und Gemeinden gestärkt, die Verschuldung abgebaut und in Bildung und Zukunft investiert. Die Ausgangsbedingungen für die Städte, Gemeinden und Kreise in Baden-Württemberg sind hervorragend, und wir haben es ein gutes Stück weit selbst in der Hand im Miteinander unsere Zukunft zu gestalten.

Gerade weil es für die Menschen nicht entscheidend ist, welche staatliche oder politische Ebene in einem konkreten Fall zuständig ist, stehen wir für eine Politik aus einem Guss. Die Menschen erwarten zu Recht, dass wir die Herausforderungen der Zukunft offen benennen, annehmen und erfolgreich anpacken. Dabei werden die Kommunen nicht nur mit der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, sondern auch den Herausforderungen des demographischen Wandels unserer Gesellschaft konfrontiert. Der Geburtenrückgang und die zunehmend älter werdende Gesellschaft

erfordern nicht nur Veränderungen bei den Sozialversicherungssystemen, sondern auch strukturelle Anpassungen und eine politische Neuausrichtung der Kommunen. Daher gilt es, junge Familien zu fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern und zu einer dauerhaft nachhaltigen und generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik zu kommen. Gleichzeitig muss es uns gelingen, die vielfältigen Erfahrungen und Potentiale der Älteren zu nutzen und das gesellschaftliche Miteinander der Generationen zum Nutzen aller zu fördern. Dies geschieht beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern.

Bildung, Erziehung und Betreuung sind die Zukunftsaufgaben schlechthin. Wir wollen zeigen, was das „Kinderland Baden-Württemberg“ konkret bedeutet. Die CDU setzt sich für eine echte Wahlfreiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung ein und ermöglicht so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere mit einer 530 Millionen Euro teuren „Qualitätsoffensive Bildung“ machen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen unsere Schulen fit für die Zukunft und sorgen für gerechte Bildungschancen für jedes einzelne Kind. Das Land und seine Kommunen teilen sich in Baden-Württemberg die Aufgaben im Schulbereich. Die CDU im Land steht zu dieser Partnerschaft und will auch in Zukunft bei allen Bildungs- und Betreuungsangeboten in gemeinsamer Verantwortung flexible Lösungen erarbeiten, die zum individuellen Bedarf vor Ort passen. Insbesondere die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung ist der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen. Die bedarfsgerechte Sprachförderung wird zum Regelfall und damit gewährleistet, dass die Kinder auf einem guten Niveau eingeschult werden.

Für die Kommunen gilt wie für alle anderen staatlichen Ebenen: Es darf nur so viel Geld ausgegeben werden, wie zuvor erwirtschaftet wurde. Klar ist, wir dürfen nicht weiter über unsere Verhältnisse leben und durch immer neue Schulden künftige Generationen belasten. Gerade mit der Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens auf die in der Wirtschaft bewährte doppelte Buchführung erreichen wir Transparenz und Generationengerechtigkeit. Denn wer neue Maßnahmen beschließt, soll auch die finanziellen Folgen tragen und nicht in die Zukunft verschieben. Dabei wird Baden-Württemberg seine Kommunen auch in Zukunft angemessen finanziell ausstatten. Dass zwischen Land und Kommunen schon heute eine vorbildliche Partnerschaft praktiziert wird, kann man auch daran sehen, dass der kommunale Anteil am Steueraufkommen mit 23 Prozent so hoch wie sonst nirgends ist.

Baden-Württemberg nimmt im Bereich der IT- und Mediennutzung eine Spitzenposition ein. Dies gilt gerade auch für den ländlichen Raum, in dem das Internet besonders geeignet ist, Arbeits-

marktchancen zu eröffnen und strukturelle Nachteile auszugleichen. Damit dieses Nutzungspotential auch zukünftig zum Tragen kommt und unsere mittelständischen Unternehmen das Handwerkszeug haben, um konkurrenzfähig zu bleiben, ist eine entsprechende Infrastruktur unverzichtbar. Mit der „Breitband-Initiative Ländlicher Raum“ verfolgen wir das Ziel, bis Ende 2010 alle Gebiete in Baden-Württemberg mit Breitband-Internet zu versorgen.

Baden-Württemberg lebt von seiner Natur wie von seiner Wirtschaft. Zentrale Bedeutung hat daher ein sinnvoller und behutsamer Ausgleich der Interessen von Unternehmen und Umwelt. Auch wenn Klimaschutz eine globale Herausforderung ist, muss vor Ort gehandelt werden. Wir wollen die Vorreiterrolle Baden-Württembergs weiter unterstreichen.

Wir schauen über den jeweiligen kommunalen Tellerrand hinaus und gewährleisten so eine durchgehende bürgerliche Politik sowohl in den Kommunen, wie auch im Land, dem Bund und Europa. Wir stehen für eine Politik „aus einem Guss“.